

Auf den Gleisen, auf dem Bagger, auf der A 4

Aus Sicht von mehr als 5000 Demonstranten ist „Ende Gelände“ ein großer Erfolg. Doch die Zahl genervter Bürger im Revier steigt.

VON CHRISTOPH PAULI

MERZENICH/KERPEN Der Umzug durch sein Dorf bringt das Fass dann endgültig zum Überlaufen. Es ist der letzte Tropfen. Wochenlang hat sich die Wut angestaut, aber jetzt will sich Manfred Laws einmal Luft verschaffen. So kann und darf es nicht weitergehen in Morschenich. „Ich halte das nicht mehr aus“, sagt er und blickt auf den Demonstrationszug. Er will keine Aktivisten mehr erleben, die Barrikaden rings um das Dorf aufbauen, er will keine Frauen mehr erleben, die ihre Notdurft unter einem Nussbaum im Ort verrichten, er will keine aggressiven Menschen an seinem Wohnort mehr

„Ich halte das nicht mehr aus. So kann es hier nicht weitergehen, ich traue mich nicht mehr, im Drei-Schicht-System zu arbeiten, weil ich Angst um meine Familie habe.“

Manfred Laws, RWE-Mitarbeiter aus Kerpen-Manheim

erleben, sagt er. Klar, er arbeite für den Bergbaubetreiber RWE, aber darum gehe es hier nicht. Laws fordert Anstand ein. „So kann es hier nicht weitergehen, ich traue mich nicht mehr, im Drei-Schicht-System zu arbeiten, weil ich Angst um meine Familie habe.“

Laws hat einen schweren Stand an diesem Tag, das erfährt er nach seiner lautstarken Klage sehr schnell. „Es geht um Wichtiges, es geht um unser Klima“, teilt ihm ein Demonstrant umgehend mit. Aufgerufen zu diesem Massenprotest gegen die Kohlestromerzeugung durch RWE und zur Blockade der dazu notwendigen Infrastruktur hat das Aktionsbündnis „Ende Gelände“. „Wir nehmen den Kohleausstieg selbst in die Hand, weil wir sehen, dass die Landesregierung schamlos die Profite der Konzerne statt das Klima schützt“, sagt Sprecherin Karolina Drzewo. Der Zusammenschluss mehrerer Verbände ruft die Menschen zum vierten Mal zu einem Protestzug im Rheinischen Braunkohlerevier, so viele wie 2018 haben sich noch nie angeschlossen.

Ein erfahrener Aktivist

Martin Bauhof ist einer von ihnen, er war schon häufiger mit „Ende Gelände“ unterwegs. Der kaufmännische Geschäftsführer beim Umweltinstitut in München ist ein erfahrener Aktivist. 2016 zum Beispiel, in der Lausitz, habe man die Leistung eines Kraftwerks vorübergehend auf 20 Prozent drosseln können. „Was wurde da eine Menge CO₂ eingespart“, freut sich der 35-Jährige heute noch. Als er vor drei Jahren beim Klimacamp war, sei die öffentliche Wahrnehmung gering gewesen, sagt er. „Heute hat die Klimapolitik eine neue Dynamik erhalten. Es gibt viel Zulauf aus der bürgerlichen Mitte.“ Bauhof hat zwei Kinder, drei und fünf. „Ich kann nicht warten, bis sie alt genug sind, sich selbst für eine bessere Umwelt einzusetzen. Dann ist es vielleicht zu spät.“

Die erste Meldung an diesem Samstag kommt vom Bagger 290 auf der vierten Sohle bei Merzenich-Morschenich, der früh am Morgen von 18 Menschen besetzt wird. Baggerbesetzungen bieten spektakuläre Bilder, die weltweit Aufmerksamkeit generieren. Das ist die Währung. Schon am Freitag hatte es eine Art Showtraining gegeben. „Die Journalist*innen können sich dann besser vorstellen, was wir machen und haben gleich die ersten schönen Bilder und fetzigen Statements im Kasten, mit denen sie bereits am Freitag grandios über uns berichten können“, hatte das Bündnis verbreitet.

Einen Tag später wird die Baggerbesetzung im Laufe der nächsten Stunden beendet. Es bleibt die einzige. Das Aktionsbündnis hat Einsatzgruppen gebildet, Finger genannt.



Eindrücke des „Ende Gelände“-Protests am vergangenen Wochenende: Bis zu 2000 Demonstranten blockierten fast 24 Stunden lang die Gleise der Hambachbahn (großes Foto oben r., drei Fotos Mitte l.). Zudem stürmten am Samstag Demonstranten auf die A 4, die stundenlang gesperrt blieb. „Ende Gelände“-Sprecherin Karolina Drzewo (unten r.) war zufrieden.

FOTOS: IMAGO/MICHAEL TRAMMER (3), DPA (3), CHRISTOPH PAULI

Der „orangene Finger“ versucht, in den Tagebau Inden einzudringen. Polizisten setzen Pfefferspray und Schlagstöcke ein, die Eindringlinge werden eingekesselt. Die angestrebte Besetzung des Baggers klappt nicht, später werden etwa 400 Menschen zur Feststellung ihrer Personalien nach Aachen und Brühl gebracht. Die Staatsanwaltschaft Aachen leitet Ermittlungen wegen Landfriedensbruch ein, und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) kritisierte: „Friedliche Demonstrationen sind vom Grundgesetz geschützt und genießen Respekt. Wer aber die A 4 und Bahnstrecken blockiert, Landfriedensbruch begeht und die Energieversorgung der Menschen stören will, verletzt die Regeln des Rechtsstaats“, sagte er.

„Ende Gelände“-Sprecherin Drzewo hält den ‚zivilen Ungehorsam‘ dagegen für nahezu zwingend. „Historisch relevante gesellschaftliche Änderungen wie zum Beispiel die schwarze Bürgerbewegung in den USA hätte es ohne diesen Ungehorsam nicht gegeben“, erinnert sie. „Deswegen setzen wir massenhaft unsere Körper ein, um das Unrecht zu überwinden.“ Klar seien das

Straftaten, aber aus Sicht der Täter moralisch legitimiert. Bislang seien alle Verfahren wegen Hausfriedensbruch eingestellt worden.

„Es gab immer Menschen, die für den Ausstieg aus der Braunkohle waren. Jetzt gibt es aber noch mehr Menschen, denen es wichtig ist zu handeln.“ Die Klimakrise sei eine internationale Krise, dementsprechend kämen Teilnehmer aus ganz Europa, sagt Drzewo. Nur wenige leben im Revier, mit Sonderzügen und -bussen sind sie angereist.

INFO

Brandanschlag auf Titzer Busunternehmen?

In der Nacht auf Sonntag sind in Titz-Rödingen vier Busse eines Busunternehmens ausgebrannt. Busse der Firma hatten vergangenen Mittwoch Gruppen zur Großdemonstration der Bergbaugewerkschaft IG BCE nach Elsdorf gebracht. Ob es sich um einen Brandanschlag handelt und ein Zusammenhang zu den Anti-Braunkohle-Protesten besteht, konnte die Polizei gestern noch nicht sagen. Der Staatsschutz, der



zwischen Kerpen-Buir und Morschenich ist durch Sitzblockaden stundenlang gesperrt. Gravierender sind die Auswirkungen auf der A 4. Zunächst hatte die Autobahnpolizei den Abschnitt zwischen Kerpen und Düren nur vorsorglich in beide Richtungen gesperrt. Später durchbrechen tatsächlich etliche Demonstranten den Polizeiriegel und rennen auf die verwaiste Autobahn, wo sie mit Wasserwerfern empfangen werden. Die Strecke ist etwa vier Stunden komplett gesperrt. Parallel wird auch der Bahnverkehr vorübergehend eingestellt. „Ende Gelände“ sucht immer wieder Unterschlupf bei friedlichen Demonstranten. Mit ihren Aktionen treffen sie dann die

„Wir nehmen den Kohleausstieg selbst in die Hand, weil wir sehen, dass die Landesregierung schamlos die Profite der Konzerne statt das Klima schützt.“

Karolina Drzewo, Sprecherin „Ende Gelände“

Bevölkerung ins Mark und schaden auch ihren Interessen“, sagt Polizeisprecher Kernen.

Im Revier nähern sich den ganzen Samstag über Gruppen immer wieder der Abbruchkante. Häufig tragen sie einen weißen Maleranzug, ziehen einen Mundschutz an – sie wollen lieber nicht erkannt werden. Im Vorfeld hatten Polizei und Tagebaubetreiber RWE mit vielen Worten und kurzen Filmen immer wieder darauf hingewiesen, dass an den Abbruchkanten nach dem kraftvollen Sommer eine „unberechenbare Einsturzgefahr“ bestehe.

Als dann die Aktivisten in den Tagebau eindringen wollen, achtet die Polizei darauf, „ein Gerangel an der Kante“ zu vermeiden. Vielmehr warten die Beamten nun unten in der Sohle, um die Hausfriedensbrecher wieder aus dem Betriebsgelände herauszuführen.

Der blanke Hass

Die meisten Gruppen versammeln sich parallel auf den Gleisen der Hambachbahn. Der Kohlenanschub für die Kraftwerke ist regulär im 15-Minuten-Takt unterwegs. Tausende Menschen blockieren den Transport, lassen sich nieder. Eine Straftat ist das Sitzen auf den Gleisen nicht, weil RWE den Bahnbetrieb wegen der absehbaren Störung vorsorglich eingestellt hatte. Die Polizei macht Durchsagen, um die Blockierer zum Abzug zu bewegen. Sie spricht einen Platzverweis aus, bietet gleichzeitig an, dass die Menschen auf Staatskosten zum nächsten Bahnhof gefahren werden. Die wenigsten nehmen das Angebot an, lieber wird im Licht der Scheinwerfer auf den Gleisen getanzet.

Die Nacht ist länger als gewohnt, sie ist kühl, aber es passiert nichts, die Polizisten stehen am Rand nur als stille Beobachter. Die Spontanversammlung wird im Laufe des gestrigen Vormittags beendet. Freiwillig verlassen die meisten Campierer nach 24 Stunden die Gleise, viele machen sich gemeinsam auf den Weg zurück ins Protestcamp nach Düren. 100 Aktivisten bleiben, ketten sie teilweise an. Gegen 16 Uhr sind die letzten von ihnen von den Gleisen getragen.

Am Ende der Proteste spricht Karolina Drzewo von der „größten Aktion ‚zivilen Ungehorsams‘ gegen Kohle aller Zeiten“. Sie berichtet von 5500 Teilnehmern, weitere 1500 seien bei einer Solidaritäts-Demo am Samstag unterwegs gewesen. Doch Drzewos Begeisterung teilen nicht alle.

Viele Anlieger wie Manfred Laws sind genervt, sie beschwerten sich vor Ort oder über das Bürgertelefon bei der Polizei. In den Sozialen Medien – auch unserer Zeitung – bricht teilweise der blanke Hass durch. Es gibt tatsächlich konkrete Aufrufe zu Gewalt und Mord, die gelöscht werden müssen.

Dieser propagierte „zivile Ungehorsam“ ist die Trennlinie auch zu anderen Naturschutzverbänden.

Auf der Homepage des Aktionsbündnisses steht zwar eine ältere Solidaritätsadresse des BUND, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Doch der BUND fehlt an diesem Tag – aus gutem Grund. Man teilt das Ziel des Klimaschutzes, aber die Wege dorthin trennen sich. „Wir können den Aufruf zum ‚zivilen Ungehorsam‘ nachvollziehen“, sagt Dirk Jansen,

„aber es ist nicht unser Weg.“ Der Geschäftsleiter des BUND in NRW hat neben politischen Aktionen den Gang durch die Instanzen angetreten, der vorläufige Rodungsstopp des Hambacher Forstes durch das Oberverwaltungsgericht Münster ist ein juristischer Erfolg des BUND. Der Marsch durch die Instanzen mag mühsam und langwierig sein, aber Gewalt gegen Sachen oder auch Maschinen lehnt Jansen ab. „Irgendwann hört es auf“, sagt er.

Dieser „zivile Ungehorsam“ macht die Situation fast während des ganzen Samstages unübersichtlich. Polizeisprecher Paul Kernen sagt am Wochenende oft: „Die Lage ist unheimlich dynamisch.“ Die große genehmigte Demonstration ab der Mahnwache am Hambacher Restwald ist ein bunter Zug. Lieder werden angestimmt, Fahnen geschwenkt, Parolen gerufen. Aus diesem Protestzug scheren immer wieder Gruppen aus, um in den Tagebau oder an andere Orte zu gelangen – Teil des angekündigten „zivilen Ungehorsams“.

Die Blockade der RWE-Infrastruktur war durchaus angekündigt, aber die Auswirkungen der Aktion bekommen Tausende Unbeteiligte eher zufällig zu spüren. Die L 257

politische Straftaten verfolgt, sei in die Ermittlungen involviert, sagte ein Sprecher der Polizei.

Während der Räumung des Hambacher Forsts hatte es mehrere Anschläge auf Unternehmen gegeben, deren Geräte bei dem Einsatz benutzt worden waren, etwa Hebebühnen und generatorbetriebene Scheinwerfer. Zu einigen Anschlüssen gab es Bekenntnisschreiben, die auf einer Homepage veröffentlicht wurden, die linksradikale Inhalte veröffentlicht.